# Handout

**Vorstellung der Daten zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2022 im Land BB**

**Eckdaten der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 des Landes Brandenburg**

## 1. Gesamtüberblick zur Kriminalitätslage

Seit Jahren war im Land Brandenburg ein Rückgang der erfassten Fälle in der PKS festzustellen. Im Jahr 2022 ist erstmals wieder ein Anstieg der registrierten Kriminalität zu verzeichnen. Es wurden 7,1 % mehr Fälle registriert als im Vorjahr.
Die Kriminalitätshäufigkeitszahl (Anzahl der bekannt gewordenen Fälle, gerechnet auf 100.000 Einwohner) lag im Jahr 2022 bei 6.707.
Die Aufklärungsquote ist um 0,8 Prozentpunkte gestiegen.
Es wurden 8.383 Tatverdächtige (TV) mehr ermittelt als im Jahr 2021.

<u>Anstieg der Gesamtkriminalität</u>
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 170.204 Straftaten registriert (2021: 158.964 Fälle). Das entspricht einem Anstieg von 11.240 Straftaten bzw. 7,1 % gegenüber dem Vorjahr.

<u>Anstieg der Aufklärungsquote</u>
Von den im Jahr 2022 in der PKS erfassten 170.204 Straftaten konnten 96.192 aufgeklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 56,5 %. (2021: 55,7 %).

<u>Anstieg der ermittelten TV</u>
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 72.277 TV ermittelt (2021: 63.894 TV). Das entspricht einem Anstieg von 13,1 % bzw. 8.383 TV.

<u>Anstieg der ermittelten nichtdeutschen TV</u>
Im Jahr 2022 wurden insgesamt 26.404 nichtdeutsche TV in der PKS erfasst (8.304 TV bzw. 45,9 % mehr als 2021). Ein Anstieg der TV-Zahlen wurde vor allem bei Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU (7.237 TV bzw. 98,7 % mehr als im Jahr 2021), insbesondere bei unerlaubter Einreise gem. § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1a Aufenthaltsgesetz (2.246 TV bzw. 75,9 % mehr als im Vorjahr) und unerlaubtem Aufenthalt gem. § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz (4.796 TV bzw. 115,2 % mehr als im Vorjahr), bei Ladendiebstahl (327 TV bzw.

17,7 % mehr als im Jahr 2021), bei Straftaten gegen das Sprengstoff-, das Waffen-, das Kriegswaffenkontroll- und Ausgangsstoffgesetz (287 TV bzw. 98,6 % mehr als im Jahr 2021), bei Tankbetrug (252 TV bzw. 137,7 % mehr als im Jahr 2021) sowie bei Körperverletzung (215 TV bzw. 9,4 % mehr als im Jahr 2021) festgestellt.
Dagegen sind die TV-Zahlen bei Beförderungserschleichung (138 TV bzw. 17,2 % weniger als im Vorjahr) sowie bei Sozialleistungsbetrug (55 TV bzw. 41,0 % weniger als im Vorjahr) zurückgegangen.

Der Anteil der nichtdeutschen TV an allen ermittelten TV betrug im Berichtsjahr 36,5 %. Im Vergleich zu 2021 ist der Anteil um 8,2 Prozentpunkte angestiegen. Im Vorjahr lag dieser Anteil noch bei 28,3 %.
Am Häufigsten wurden irakische (3.898 TV), syrische (2.874 TV), polnische (2.594 TV) und afghanische (1.506 TV) TV mit Straftaten im Land Brandenburg registriert.

Anstieg der TV unter 21 Jahren[1]

Im Jahr 2022 waren 15.227 bzw. 21,1 % aller ermittelten TV unter 21 Jahre alt (2021: 12.626 bzw. 19,8 %). Die Anzahl der TV unter 21 Jahren stieg gegenüber dem Vorjahr um 2.601 TV bzw. 20,6 %.

Davon waren

5,2 % der tatverdächtigen Kinder (2021: 4,3 %),
8,5 % der tatverdächtigen Jugendliche (2021: 8,0 %) und
7,4 % der tatverdächtigen Heranwachsende (2021: 7,5 %).

Die Tatverdächtigenanteile der Heranwachsenden (2022: 7,4 %; 2021: 7,5 %) und der Jugendlichen (2022: 8,5 %; 2021: 8,0 %) lagen im Jahr 2022 im Land Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt[2] des Jahres 2021. Dagegen lag der Anteil der tatverdächtigen Kinder (2022: 5,2 %; 2021: 4,3 %) im Land Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt des Vorjahres.
Im Zehnjahresvergleich ist die Tatverdächtigenzahl bei den 14- bis unter 21-jährigen TV um insgesamt 18,1 % gestiegen (2013: 9.720 TV; 2022: 11.481 TV). Dabei ist die Anzahl der jugendlichen TV seit dem Jahr 2013 um 817 (+15,3 %) und die Anzahl der heranwachsenden TV um 944 (+21,5 %) angestiegen. Die Anzahl der tatverdächtigen Kinder stieg mit jährlichen Schwankungen seit 2013 um 514 (+15,9 %) an.

[1] Kinder: unter 14 Jahre; Jugendliche: 14 bis unter 18 Jahre; Heranwachsende: 18 bis unter 21 Jahre
[2] Bundesdurchschnitt TV-Anteil Kinder Jahr 2021: 3,6 % (2020: 3,2 %); TV-Anteil Jugendliche Jahr 2021: 8,2 % (2020: 8,3 %); TV-Anteil Heranwachsende Jahr 2021: 8,0 % (2020: 8,4 %)

## 2. Entwicklung nach ausgewählten Deliktsbereichen

Die Gesamtentwicklung der registrierten Kriminalität im Land Brandenburg (+7,1 %) wurde 2022 maßgeblich durch den Anstieg der Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- u. das Freizügigkeitsgesetz/EU (+96,1 %), der Diebstahlsdelikte (+5,2 %) sowie der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (+6,6 %) bestimmt. Ohne die ausländerrechtlichen Verstöße fällt der Anstieg wesentlich geringer aus (+2,6 %). Gegenüber 2019 kann hier sogar eine deutlich rückläufige Entwicklung konstatiert werden (-11.495 bzw. -6,9 % auf 155.263 Fälle im Jahr 2022).

Grundsätzlich ist in den vergangenen fünf Jahren ein Wandel in der Zusammensetzung der Gesamtkriminalität festzustellen. Diebstahlsdelikte machen zwar weiterhin den größten Teil an der Gesamtkriminalität aus, dennoch hat sich der Anteil in den vergangenen Jahren um 4,8 Prozentpunkte auf nunmehr 31,3 Prozent reduziert (2018: 36,1 %). Auch bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten (2022: 14.1 %, 2018: 16,0 %) sowie den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (2022: 14,1 %; 2018: 14,3 %) ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Hingegen haben sich die Anteile der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung um 0,4 Prozentpunkte (2022: 1,5 %; 2018: 1,1 %), der sonstigen Straftaten gemäß StGB um 0,1 Prozentpunkte (2022: 22,8 %; 2018: 22,7 %) sowie der strafrechtlichen Nebengesetze um 6,3 Prozentpunkte (2022: 16,1 %; 2018: 9,8 %) erhöht.

Diese Entwicklungen waren in den letzten fünf Jahren hauptsächlich auf die Zunahme der Sachbeschädigungen (+1.145 Fälle bzw. + 5,7 % auf 21.345 Fälle) und der Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asyl- und FreizügigkeitsG/EU (+10.187 Fälle bzw. +214,3 % auf 14.941 Fälle) zurückzuführen.

<u>Anstieg der Diebstahlsdelikte</u>

Delikte der Diebstahlskriminalität bestimmten auch weiterhin vorrangig die Entwicklung der Gesamtkriminalität. Im Jahr 2022 waren 31,3 % (2021: 31,8 %) aller erfassten Straftaten Diebstahlsdelikte. Die Anzahl der Diebstahlsdelikte ist gegenüber dem Vorjahr um 2.646 Fälle bzw. 5,2 % angestiegen (2022: 53.218 Fälle; 2021: 50.572 Fälle).

Maßgeblich beeinflusst wurde der Anstieg der Fallzahlen durch die Entwicklungen bei Diebstahl an/aus Kraftfahrzeugen von 5.914 auf 6.987 Fälle (+1.073 Fälle bzw. +18,1 %), Wohnungseinbruchdiebstahl

von 1.869 Fällen auf 2.506 Fällen (+637 Fälle bzw. +34,1 %) und Ladendiebstahl von 7.295 Fällen auf 7.766 Fälle (+471 Fälle bzw. +6,5 %).

Anstieg der Körperverletzung

Im Jahr 2022 wurden 14.722 Fälle registriert. Das waren 923 Fälle bzw. 6,7 % mehr als im Vorjahr (2021: 13.799 Fälle). Ein Anstieg war sowohl bei vorsätzlicher einfacher Körperverletzung um 671 Fälle bzw. 6,9 % auf 10.451 Fälle (2021: 9.780 Fälle) als auch bei gefährlicher und schwere Körperverletzung um 241 Fälle bzw. 7,7 % auf 3.379 Fälle (2021: 3.138 Fälle) zu verzeichnen.

Anstieg der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung war gegenüber 2021 ein Anstieg um 332 Fälle bzw. 14,5 % auf 2.628 Fälle zu verzeichnen (2021: 2.296 Fälle). Deren Anteil an der Gesamtkriminalität betrug 1,5 % (2021: 1,4 %). Ursächlich für die Gesamtentwicklung war die Zunahme von Delikten der Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung kinderpornographischen Inhalts § 184b StGB (+210 Fälle bzw. +31,3 % auf 880 Fälle)

Anstieg der strafrechtlichen Nebengesetze

Im Jahr 2022 wurden 27.487 Fälle der strafrechtlichen Nebengesetze erfasst. Das waren 7.567 Fälle bzw. 38,0 % mehr als im Vorjahr (2021: 19.911 Fälle).
Hauptsächlich wurde der Anstieg durch die Zunahme des unerlaubten Aufenthalts (+4.773 Fälle bzw. +111,6 % auf 9.048 Fälle), der unerlaubten Einreise (+2.247 Fälle bzw. +75,6 % auf 5.221 Fälle) sowie der Verstöße gegen die Versammlungsgesetze des Bundes und der Länder (+1.220 Fälle auf 1.354 Fälle) bestimmt.

Rückgang der Rauschgiftkriminalität

Bei Straftaten der Rauschgiftkriminalität war gegenüber 2022 ein Rückgang um 1.309 Fälle bzw. 14,2 % auf 7.884 Fälle zu verzeichnen (2021: 9.193 Fälle). Ursächlich für die Gesamtentwicklung war der Rückgang der allgemeinen Verstöße gemäß § 29 BtMG (-1.081 Fälle bzw. -14,4 % auf 6.426 Fälle).

Straftaten der häuslichen Gewalt[3]

Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2022 insgesamt 5.856 Straftaten im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) registriert, davon 258 Fälle als mit Strafe bedrohte Versuchshandlungen (2021: 304 Fälle). Damit war ein Rückgang um 33 Fälle bzw. 0,6 % zu verzeichnen. Die Fallzahlen liegen unter den Vorpandemiezeiten. Der Anteil an den Gesamtstraftaten der PKS belief sich auf 3,4 % (2021: 3,7 %). Fast 70 % der Fälle der Häuslichen Gewalt waren den Körperverletzungen zu zurechnen (2022: 68,9 % bzw. 4.034 Fälle; 2021: 68,3 % bzw. 4023 Fälle).

Des Weiteren wurden 870 Bedrohungen (2021: 828 Fälle), 77 Vergewaltigungen (2021: 83 Fälle), 247 Nötigungen (2021: 287 Fälle), 361 Nachstellungen (2021: 369 Fälle) und 78 Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern (2021: 84 Fälle) erfasst. Mehr als Zweidrittel der häuslichen Gewalt findet in der Partnerschaft statt.

Im Jahr 2022 wurden 5.065 TV ermittelt. Das waren 67 TV bzw. 1,3 % mehr als im Vergleichsjahr 2021. Zirka drei Viertel der ermitteln TV waren männlichen Geschlechts. Acht von 10 TV bei häuslicher Gewalt waren deutsche TV. Der Altersdurchschnitt der TV lag bei 38,8 Jahren (2021: 38,2 Jahre).

Jeder vierte TV stand während der Ausübung von häuslicher Gewalt unter Alkoholeinfluss.

Wie in den vergangenen Jahren auch waren weibliche Opfer am häufigsten von häuslicher Gewalt betroffen. Von den insgesamt 6.129 Opfern (2021: 6.125) waren 70,0 Prozent (2021: 70,0 %) weiblichen und 30,0 Prozent (2021: 30,0 %) männlichen Geschlechts.

Zirka 60 Prozent aller Opfer waren deutsch und weiblichen Geschlechts und ein Viertel aller Opfer deutsch und männlichen Geschlechts. Somit finden Straftaten der häuslichen Gewalt hauptsächlich in deutschen Familien und Partnerschaften statt.

Gewaltkriminalität[4]

Die erfassten Fälle von Gewaltkriminalität sind um 9,1 Prozent auf 4.685 Fälle (2021: 4.294 Fälle) gestiegen. Die Aufklärungsquote lag bei 81,5 % (2021: 83,8 %).

Straftaten der gefährlichen und schweren Körperverletzung (2022: 72,1 % bzw. 3.379 Fälle; 2021: 73,1 % bzw. 3.138 Fälle), des Raubes, der räuberischen Erpressung und des räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer (2022: 21,1 % bzw. 989 Fälle; 2021: 19,9 % bzw. 853 Fälle) bildeten die Hauptanteile an den Gewaltdelikten. In diesen Bereich fallen unter anderem aber auch Delikte wie

[3] „Häusliche Gewalt beinhaltet alle Formen körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt und umfasst (inner)familiäre sowie partnerschaftliche Gewalt. Häusliche Gewalt liegt vor, wenn die Gewalt zwischen Personen stattfindet, die in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung zusammenwohnen. Sie liegt auch vor, wenn sie unabhängig von einem gemeinsamen Haushalt innerhalb der Familie oder in aktuellen oder ehemaligen Partnerschaft geschieht."

[4] Zur Gewaltkriminalität zählen folgende Delikte: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexueller Übergriff im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge, Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer, Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

Vergewaltigung (2022: 270 Fälle; 2021: 258 Fälle) sowie Mord und Totschlag (2022: 40 Fälle; 2021: 41 Fälle).
5.374 Personen wurden Opfer von Delikten der Gewaltkriminalität (2021: 4.952).
Den Hauptanteil unter den Opfern machten deutsche männliche Erwachsene aus (2022: 1.920 bzw. 35,7 %; 2021: 1.852 bzw. 37,4 %).
Zirka ein Viertel der registrierten Gewaltdelikte (2022: 1.268 Fälle; 2021: 1.187 Fälle) richtete sich gegen Frauen (ab 18 Jahren). Dazu wurden insgesamt 1.320 weibliche Opfer im Alter ab 18 Jahren registriert (2021: 1.231 Personen). Das waren 24,6 % aller zur Gewaltkriminalität registrierten Opfer (2021: 24,9 %).
Verwandtschaftliche Beziehungen (Ehe/Partnerschaft/Familie, einschl. Angehörige) gaben 13,8 % (2021: 15,7 %) der Opfer bei Gewaltkriminalität insgesamt an. Doppelt so hoch war der Anteil bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung/Übergriff im bes. schweren Fall (2022: 28,3 %; 2021: 31,8 %).

Gewalt gegen Polizeibeamte

Im Jahr 2022 wurden 1.269 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte registriert. Gegenüber dem Vorjahr sind das 98 bzw. 8,4 % Fälle mehr. Dabei wurden 2.414 Polizistinnen und Polizisten als Opfer gezählt, 237 mehr als im Vorjahr. Der Anstieg beträgt 10,9 Prozent. Widerstand gegen sowie tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen machten in den letzten beiden Jahren den Hauptanteil der Fälle aus (2022: 85,6 %, 2021: 85,2 %). Eine der bedeutendsten Ursachen für die Anwendung von Gewalt gegen Polizeibeamte ist die enthemmende Wirkung von Alkohol im Vorfeld der Tatbegehung. Nahezu die Hälfte der ermittelten TV stand bei Tatausführung unter Alkoholeinfluss (2022: 520 TV bzw. 44,8 %; 2021: 507 TV bzw. 49,3 %).

Gewalt an Schulen

Im Jahr 2022 erhöhte sich die Anzahl der Gewaltdelikte an Schulen um 465 bzw. 66,5 % auf 1.164 Fälle. Eine Ursache dafür dürften die pandemiebedingten Maßnahmen der Jahre 2020 und 2021 (z.B. Schulschließungen, Homeschooling) sein. Die Zahlen des Jahres 2022 lagen allerdings sogar über dem Niveau der Vorpandemiezeiten.
Mit einem Anteil von 61,3 % (2021: 61,5 %) bildeten die Körperverletzungen den Schwerpunkt der Gewaltdelikte an Schulen. Es wurden im Jahr 2022 insgesamt 1.138 TV ermittelt (2021: 682 TV), davon waren 81,9 % männlichen Geschlechts (2021: 83,3 %). Opfer/Geschädigte von Gewaltdelikten an Schulen wurden 1.082 Personen (2021: 656 Personen)

Im Jahr 2022 wurden 127 Gewaltdelikte gegen Lehrkräfte an Schulen in der PKS des Landes Brandenburg erfasst. Das waren 58 Fälle mehr als im Vorjahr. 140 Lehrer/innen (2021: 76) wurden Opfer derartiger Fälle. Diese waren überwiegend weiblichen Geschlechts.

Messerangriffe

Im Jahr 2022 wurden 693 Messerangriffe registriert. Gegenüber dem Vorjahr sind das 13 bzw. 1,9 % Fälle mehr. Es wurden 672 Tatverdächtige ermittelt (2021: 621 TV). Fast zwei Drittel der ermittelten TV waren deutsche Staatsangehörige. Tatverdächtige Zuwanderer machten in den letzten Jahren ca. 20 bis 25 Prozent der erfassten TV aus.

Darüberhinausgehende Aussagen zum Anteil der deutschen TV mit Migrationshintergrund können auf Grund fehlender Erfassungskriterien in der PKS nicht getätigt werden.

Dabei wurden 855 Personen als Opfer erfasst. Das waren 19 bzw. 2,3 % mehr als im Jahr 2021. Fast 80 Prozent waren deutsche Opfer (2022: 79,2 %; 2021: 76,1 %). Unter den Opfern von Messerangriffen befanden sich aber auch 97 Zuwanderer (-27 gegenüber 2021). Durch Messerangriffe wurden fünf Personen tödlich (2021: 12 Personen) und 39 Personen schwer (2021: 39 Personen) verletzt.

## 3. Kriminalität in den brandenburgischen Grenzgemeinden zur Republik Polen

Die registrierte Gesamtkriminalität in den 23 brandenburgischen Gemeinden entlang der deutsch-polnischen Grenze ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 23.708 Straftaten registriert (2021: 18.318 Fälle). Das entspricht einem Anstieg von 5.390 Straftaten bzw. 29,4 % gegenüber dem Vorjahr. Für die brandenburgischen Gemeinden entlang der deutsch-polnischen Grenze wurden 13,9 % aller im Land Brandenburg für das Jahr 2021 in der PKS registrierten Fälle (2021: 11,5 %) ausgewiesen. Die Kriminalitätshäufigkeit betrug für das Jahr 2021 insgesamt 11.991 (2021: 9.180). Damit lag diese auch weiterhin deutlich über dem Landesdurchschnitt von 6.707.

Anstieg der Aufklärungsquote

Von den insgesamt 23.708 registrierten Straftaten in den 23 Grenzgemeinden wurden 17.353 Fälle (2021: 11.742 Fälle) aufgeklärt. Das entsprach einer Aufklärungsquote (AQ) von 73,2 % (2021: 64,1 %). Damit lag diese 16,7 Prozentpunkte über dem Landeswert (56,5 %).

Anstieg der ermittelten TV

Es wurden insgesamt 14.944 TV ermittelt (2021: 9.176 TV). Das entsprach einem Anstieg um 5.768 TV bzw. 62,9 %.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 10.546 nichtdeutsche TV (2021: 4.792) erfasst. Damit stieg die Anzahl

nichtdeutscher TV gegenüber dem Vorjahr um 5.754 TV. Der Anteil der nichtdeutschen TV an allen im Grenzgebiet ermittelten TV betrug im Jahr 2022 insgesamt 70,6 % (2021: 52,2 %). Damit liegt der Anteil deutlich über dem Landesdurchschnitt (2022: 36,5 %; (2021: 28,3 %).
Im Jahr 2022 wurden 3.241 bzw. 30,7 % irakische (2021: 1.103 TV bzw. 23,0 %), 1.577 bzw. 15,0 % syrische (2021: 660 TV bzw. 13,8 %), 804 bzw. 7,6 % afghanische (2021: 240 TV bzw. 5,0 %) und 705 bzw. 6,7 % polnische (2021: 687 TV bzw. 14,3 %) Staatsangehörige als TV erfasst.

Entwicklung nach ausgewählten Deliktsbereichen

Die Kriminalitätsentwicklung in den Grenzgemeinden wurde im Jahr 2022 maßgeblich durch den Anstieg der Fallzahlen bei Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU bestimmt. Deutliche Rückgange der Fallzahlen waren bei Diebstahl in/aus Bungalow, Gartenlauben, Gärten, Gartenanlagen, bei Diebstahl in/aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen, bei Ladendiebstahl, bei Rauschgiftkriminalität und bei Betrugsdelikten zu verzeichnen.

Für das Jahr 2022 war ein Anstieg bei den ausländerrechtlichen Verstößen in den Grenzgemeinden zu verzeichnen. Diese stiegen um 5.861 Fälle bzw. 176,3 % auf 9.185 Fälle an (2021: 3.324 Fälle). Überwiegend zeigte sich dieser Anstieg bei unerlaubter Einreise gem. § 95 AufenthaltsG, diese stiegen von 1.966 auf 4.320 Fälle (+2.354 Fälle bzw. +119,7 %) sowie bei Delikten des unerlaubten Aufenthaltes § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz um 3.332 Fälle bzw. 276,1 % auf 4.539 Fälle (2020: 1.207 Fälle).

Die Anzahl der Diebstahlsdelikte ist gegenüber dem Vorjahr um 460 Fälle bzw. 8,9 % auf 4.700 Fälle gesunken (2021: 5.160 Fälle). Insbesondere waren Rückgänge beim Ladendiebstahl um 211 Fälle bzw. 20,6 % auf 814 Fälle (2021: 1.025 Fälle), beim Diebstahl in/aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen um 170 Fälle bzw. 24,6 % auf 520 Fälle (2021: 690 Fälle) und beim Diebstahl in/aus Bungalow, Gartenlauben, Gärten, Gartenanlagen und Gartenkolonien um 131 Fälle bzw. 40,4 % auf 193 Fälle (2021: 324 Fälle) zu verzeichnen.

Mit 955 Fällen der Rauschgiftkriminalität wurden 232 bzw. 19,5 % weniger als im Vorjahr (2021: 1.187 Fälle) registriert. Die Rauschgiftkriminalität machte einen Anteil von 4,0 % (2021: 6,5 %) an der Gesamtkriminalität in den Grenzgemeinden aus.

## 4. Kriminalität in den brandenburgischen Gemeinden des engeren Verflechtungsraumes Berlin-Brandenburg (eVR)

Die registrierte Gesamtkriminalität in den 63 brandenburgischen Gemeinden im Umland von Berlin ist erstmals seit Jahren wieder gestiegen. Trotz einem Anstieg der Kriminalitätshäufigkeit liegt diese auch weiterhin unter dem Landesdurchschnitt. Die Aufklärungsquote lag über 50 Prozent.

In den Brandenburgischen Gemeinden des eVR wurden im Jahr 2022 insgesamt 74.348 Straftaten (3.375 Fälle bzw. 4,8 % mehr als 2021) und damit 43,7 % aller im Land Brandenburg für das Jahr 2022 in der PKS ausgewiesenen Fälle registriert (2021: 44,6 %).
Die Kriminalitätshäufigkeit ist im eVR erstmals wieder gestiegen (2022: 6.404; 2021: 6.170; 2020: 6.384). Das dritte Jahr in Folge liegt diese unter dem Landesdurchschnitt (2022: 6.707; 2021: 6.281; 2020: 6.461).

Rückgang der Aufklärungsquote
Die Aufklärungsquote für den engeren Verflechtungsraum betrug 51,2 % (2021: 51,6 %). Damit lag diese um 5,3 Prozentpunkte unter dem Landeswert (56,5 %).

Anstieg der ermittelten TV
Die Tatverdächtigenzahlen stiegen im Jahr 2022 um 1.528 TV bzw. 5,4 % (2022: 29.816 TV; 2021: 28.288 TV). Diese Entwicklung wurde weitestgehend durch den Anstieg der TV-Zahlen bei nichtdeutschen Erwachsenen getragen (2022: 8.743 TV; 2021: 7.455 TV). Insgesamt wurden 10.208 nichtdeutsche Tatverdächtige mit Straftaten im eVR erfasst, das waren 1.640 mehr als im Vorjahr. 34,2 % aller ermittelten TV waren Nichtdeutsche (2021: 30,3 %).

Polnische Tatverdächtige hatten den größten Anteil unter den registrierten nichtdeutschen TV. Auch Tatverdächtige der Staatsangehörigkeiten Georgien und der Türkei traten weiterhin häufig mit Straftaten im eVR in Erscheinung.
Wobei aber zu berücksichtigen ist, dass der überwiegende Anteil der Tatverdächtigen mit georgischer (476 bzw. 61,9 %) und türkischer (430 bzw. 63,8 %) Staatsangehörigkeit allein zu Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asyl- und FreizügigkeitsG/EU ermittelt wurde.

Entwicklung nach ausgewählten Deliktsbereichen
Wie im gesamten Land Brandenburg wird auch im eVR der Anstieg der Kriminalität maßgeblich durch die Entwicklung der Fallzahlen im Diebstahlsbereich als auch bei den strafrechtlichen Nebengesetzen

bestimmt. Dagegen war im Jahr 2022 im Bereich der sonstigen Straftatbestände (StGB) ein Rückgang der Fallzahlen festzustellen.

Die Anzahl der Diebstahlsdelikte ist gegenüber dem Vorjahr um 2.194 Fälle bzw. 9,2 % gestiegen (2022: 26.126 Fälle; 2021: 23.932 Fälle). Insbesondere waren steigende Fallzahlen beim Diebstahl an/aus Kfz (+823 Fälle bzw. +27,7 % auf 3.795 Fälle), beim Wohnungseinbruchdiebstahl (+505 Fälle bzw. +56,2 % auf 1.404 Fälle) und beim Ladendiebstahl (+452 Fälle bzw. +13,6 % auf 3.786) zu verzeichnen.

Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit sind um 692 Fälle bzw. 7,6 % auf 9.804 Fälle gestiegen (2021: 9.112 Fälle). Insbesondere war hier ein Anstieg der Fallzahlen bei vorsätzlich einfacher Körperverletzung (+316 Fälle bzw. +8,0 % auf 4.262 Fälle) und bei Bedrohung (+409 Fälle bzw. +30,6 % auf 1.745 Fälle) festzustellen.

Mit 3.344 Fällen der Rauschgiftkriminalität wurden 561 bzw. 14,4 % weniger erfasst als im Vorjahr (2021: 3.905 Fälle). Diese Entwicklung wurde maßgeblich beeinflusst durch den Rückgang der allgemeinen Verstöße nach § 29 BtMG (-537 Fälle bzw. -16,5 % auf 2.724 Fälle).

Ein Anstieg der Fallzahlen war auch bei Unerlaubtem Aufenthalt gem. § 95 Abs. 1 Nr. 1, 2 und Abs. 2 Nr. 1b Aufenthaltsgesetz um 759 Fälle bzw. 31,5 % (2022: 3.166 Fälle; 2021: 2.407 Fälle), Tankbetrug um 556 Fälle bzw. 30,9 % (2022: 2.354 Fälle; 2021: 1.798 Fälle) und Straftaten gegen das Waffengesetz um 299 Fälle bzw. 55,6 % (2022: 837 Fälle; 2021: 538 Fälle) festzustellen.

## 5. Kriminalität im Kontext von Zuwanderung

Straftaten mit Tatbeteiligung von Zuwanderern angestiegen

Im Jahr 2022 wurden landesweit 21.207 Straftaten durch Zuwanderer registriert. Das waren 7.346 bzw. 53,0 % mehr als im Vorjahr. Ohne ausländerrechtliche Verstöße (Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU) wurden 6.691 Straftaten durch Zuwanderer registriert. Das waren 183 bzw. 2,8 % mehr als 2021.

Demzufolge machten Straftaten durch tatverdächtige Zuwanderer im Jahr 2022 insgesamt 12,5 % der Gesamtkriminalität aus (2021: 8,7 %). Ohne ausländerspezifische Straftaten waren Zuwanderer in den letzten beiden Jahren jeweils für 4,3 % der Kriminalität verantwortlich.

Überdurchschnittlich hoch sind die Anteile der Fälle mit Tatbeteiligung von Zuwanderern an allen registrierten Fällen in den Deliktsbereichen Totschlag (2022: 24,1 %; 2021: 16,0 %), sexuelle Belästigung, (2022: 16,1 %; 2021: 15,4 %), Raub (2022: 18,2 %; 2021: 15,2 %), gefährliche und schwere Körperverletzung (2022: 13,1 %; 2021: 14,9 %), Ladendiebstahl (2022: 17,5 %; 2021: 20,2 %), Beförderungserschleichung (2022: 14,1 %; 2021: 15,8 %) sowie Urkundenfälschung (2022: 18,9 %; 2021: 16,6 %).